

Ungleiches Land

Eine ungleichheitssoziologische Betrachtung

Claudia Neu

Die Ungleichheitssoziologie fremdelt nach wie vor ein wenig mit dem Land. Das mag einerseits daran liegen, dass die Anfänge, und bis heute auch das Selbstverständnis, der Soziologie eng mit der Urbanisierung und Industrialisierung sowie dem Entstehen moderner, funktional differenzierter Gesellschaften verbunden sind. Andererseits erweist sich die Raumkategorie als etwas sperrig, denn sie steht »quer« zu anderen (vertikalen) Ungleichheitsdimensionen wie Einkommen, Bildung oder Prestige. Es lässt sich theoretisch nicht leicht ausmachen, wie die unterschiedlichen Dimensionen sozialer und territorialer Ungleichheit miteinander interagieren oder wie »Raum« auf Lebenschancen wirkt. Ist Armut in einer reichen Stadt schlechter zu ertragen als in einem abgelegenen Dorf? Oder macht gerade die vermeintliche Anonymität der Großstadt ein Leben in Armut erträglicher als unter den stets wachsenden Augen der dörflichen Nachbarschaft? Angesichts einer unablässigen und weltweiten Urbanisierung und Digitalisierung drängt sich ohnehin die Frage auf: Welchen (sozialstruktur-)analytischen Gehalt hat die Kategorie »Land« überhaupt (noch)? Diese Frage schien sich in der Tat viele Jahrzehnte erledigt zu haben – jedenfalls für die Ungleichheitssoziologie. Bildungsexpansion, Massenkonsum und Vollmotorisierung hatten ihren Siegeszug bis in die entlegensten westdeutschen Räume angetreten. Nicht mehr Klassen-, sondern Lebensstilunterschiede prägten die (west-)deutsche Sozialstruktur(analyse) in den 1980er- und 1990er-Jahren. Stadt-Land-Unterschiede schienen vernachlässigbar, es ging eher um Wohnungsdesign und Freizeitgestaltung als um Abwanderung und Apathie (Neu 2006). Begriffe wie Zwischenstadt (Sieverts 1997), »Siedlungsbrei« oder (Post-)Suburbanisierung beschrieben nun die zunehmende Verflechtung und Verwischung zwischen verschiedenen Siedlungstypen (Spellerberg 2014, 205; Adam 2019). Im ausgehenden Jahrtausend verhieß die Globalisierung und die schnell voranschrei-

tende Digitalisierung zudem alle noch bestehenden regionalen Disparitäten und kulturellen Differenzierungen durch weltumspannende Kommunikation, Waren- und Informationsströme einzuebnen. Die Wissenschaft war sich einig: Die Zukunft ist städtisch! Mittlerweile zeigt diese städtische Zukunftseuphorie kleinere und größere Risse, der niederländische Urbanist Koolhaas (2020) vermutet nun gar die Zukunft der Welt auf dem Land: Denn das Land ist zu einem Ort beschleunigter gesellschaftlicher Transformation geworden, wo einerseits gesellschaftliche Konflikte um Landwirtschaft, Klima und Boden ausgehandelt werden, andererseits kreative Freiräume und alternative Zukunftsentwürfe entstehen (ebd.).

Im Folgenden zeigt der Beitrag, dass ländliche Räume eine neue Aufmerksamkeit erfuhren (Abschnitt 1), ebenso wie soziale und territoriale Ungleichheiten (Abschnitt 2) in Deutschland insbesondere durch die ökonomischen, sozialen und demographischen Folgen der Wiedervereinigung, die sich auch in räumlichen Disparitäten und ungleichwertigen Lebensverhältnissen (Abschnitt 3) niederschlugen. Trotz großer Zufriedenheit mit den lokalen Lebensverhältnissen werden zunehmend Einbußen bei den sozialen Infrastrukturen bemängelt und ein Zurückfallen peripherer ländlicher Räume wahrgenommen (Abschnitt 4), was wiederum (infrastrukturelle) Verlustnarrative speist (Abschnitt 5). Gegen diese Rhetorik des Verlustes stemmen sich eine Vielzahl von Engagierten und Kreativen, die aktiv Potentiale ländlicher Räume nutzen (Abschnitt 6). Auch wenn ›das Land‹ in den vergangenen Jahren ein gutes Stück weiter in den wissenschaftlichen wie politischen Fokus gerückt ist, bleibt gerade für die landsoziologische Ungleichheitsforschung noch einiges zu tun (Abschnitt 7).

1. Neue Aufmerksamkeit für ländliche Räume

Der euphorische Zukunftsblick auf eine vernetzte, digitale und sozial gleichere Welt wurde nicht zuletzt von der Erkenntnis abgebremst, dass zeitgleich zu Prozessen der Enträumlichung neue Prozesse der Verräumlichung auftraten, die soziale und territoriale Ungleichheiten hervorriefen: Rascher Strukturwandel, Untergang des Ostblocks und demographischer Wandel, verschärft durch Klimakrise und Ressourcenübernutzung, schufen neue Peripherien, nicht nur in den Ländern des globalen Südens, sondern auch in den postindustriellen Ländern wie den USA, Japan und Europa. *Shrinking Cities* und *rural deserts* entwickelten sich zu ökonomischen und demographischen »Pro-

blemzonen«, die bis heute unter Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Verwahrlosung des öffentlichen Raums leiden. Mit dem Blick auf die (zunehmende) räumliche Polarisierung kamen nach der Jahrtausendwende vermehrt Fragen nach der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, territorialer Ungleichheit und gesellschaftlichem Zusammenhalt auf – also nach der Strukturierungskraft räumlicher Ungleichheiten für die Lebensbedingungen der Menschen.

Mittlerweile hat sich die Erforschung regionaler Disparitäten sowohl in der Ökonomie, der Geographie und (Stadt-, Land- und Regional-)Soziologie einen eigenen Platz erobert. Die Betrachtung interregionaler Disparitäten, also den Unterschieden in den Arbeits- und Lebensbedingungen *zwischen* Regionen oder Räumen, Stadt und Land, spielt hierbei aktuell eine herausgehobene Rolle (exemplarisch Fina u.a. 2019; Sixtus u.a. 2019; Neu u.a. 2020). Neben der Analyse ökonomischer und demographischer Größen hat in diesem Zusammenhang vor allem die Verfügbarkeit und Erreichbarkeit von daseinsvorsorgenden Infrastrukturen als gestaltende Kraft für Zugangs- und Teilhabechancen wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren – neuerlich auch im Hinblick auf Armut (Berger u.a. 2015; Neu u.a. 2020; Bernard u.a. 2021), Populismus (Naumann 2021) und Einsamkeit (Bücker u.a. 2020; Neu/Müller 2020). Unterschiede im Wohnumfeld werden klassischerweise von der Stadtsoziologie bearbeitet. Zuletzt wies die Arbeit von Helbig/Jähnen (2018) auf neue Muster der städtischen Segregation in Deutschland hin: Die ethnische Segregation sinkt, die demographische und die soziale Segregation hingegen nehmen zu. Soziale Milieus bleiben demnach zunehmend unter sich. Diese Prozesse dürften sich in den kommenden Jahren noch verstärken, denn die steigenden Miet- und Bodenpreise in attraktiven Großstädten führen zu einem Verdrängungswettbewerb, der zu Lasten der weniger gut Betuchten geht. In der Corona-Pandemie ist allerdings die Attraktivität ländlicher Räume deutlich gewachsen, was sich auch gleich in den gestiegenen Immobilienpreisen und Wanderungsgewinnen vor allem in Stadt-Umland-Gemeinden niederschlägt. Inwieweit diese Aufwertung (agglomerationsnaher) ländlicher Gemeinden Prozesse der *rural gentrification*, also sozialräumlicher Verdrängung nach sich zieht, wird zu untersuchen sein (Mießner/Naumann 2021). Forschung, die sich mit sozialen Lagen, Milieus oder Lebensstilunterschieden *innerhalb* von ländlichen Räumen beschäftigt, bleibt weiterhin selten (etwa Spellerberg 2014). Erfreulicherweise mehrten sich die Anläufe aus verschiedenen Richtungen, soziale und räumliche Ungleichheiten in ländlichen Räumen in den Blick zu nehmen. Sei es die Frauen- und Geschlechterforschung, die in den vergangenen Jahren wieder einen bescheidenen, wenngleich hoff-

nungsvollen Aufschwung erfährt (Contzen/Forney 2017; Pieper 2021) oder die Geographie, die zunehmend Fragen der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, räumlichen Gerechtigkeit und Hybridisierung von Lebens- und Arbeitsformen kritisch aufnimmt (exemplarisch Mießner/Naumann 2019). Das »gute Leben auf dem Land«, die Idyllisierung des Ländlichen sowie Imaginationen und Projektionen von Land hinterfragt seit einigen Jahren auch die germanistische Forschung (Nell/Weiland 2014; 2021).

Das Land hat in den vergangenen Jahren sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik neue Popularität erfahren, so sehr, dass sich wohl durchaus von einer Repolitisierung des Räumlichen sprechen lässt. Konstatierten Keller und Kollegen in ihrem einleitenden Beitrag zum Tagungsband »Urbane Ungleichheiten« noch 2014 (Keller u.a. 2014, 11): »Sozial-räumliche Ungleichheiten stoßen bei den auf Wachstumspole fixierten politisch Zuständigen auf stupendes Desinteresse«, so stellt sich das heute bei politisch Verantwortlichen schon ein wenig anders dar. Denn spätestens seit dem Erstarken rechts-populistischer Parteien, die überdurchschnittlich häufig in ländlichen Räumen ihr Klientel finden, zeigt die Bundespolitik ein deutlicheres Interesse an Fragen der Gleichwertigkeit und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Was sich nicht zuletzt in der Einsetzung der Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse« (BMI 2019b) und der Gründung eines Forschungsinstituts für gesellschaftlichen Zusammenhalt (FGZ, mit Sitz an elf Standorten) widerspiegelt.

2. Die strukturierende Kraft von Infrastrukturen

Üblicherweise konzentriert sich die Ungleichheitssoziologie darauf, »den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen« (Rousseau 1998 [1754]) aufzudecken und zu beschreiben. Ungleichheitstheorien wollen zudem die Formen und Dimensionen sozialer Ungleichheit sowie die Folgen ungleicher Lebensbedingungen und Lebenschancen in (modernen) Gesellschaften herausarbeiten (Berger/Neu 2007). Nach Kreckel (1992, 17) liegt immer dann *soziale* Ungleichheit vor, wenn der Zugang zu erstrebenswerten Gütern und sozialen Positionen an die unterschiedlichen Ressourcen, Macht und Interaktionsmöglichkeiten gekoppelt sind, erschwert (oder begünstigt) ist, so dass sich daraus dauerhaft ungleiche Lebenschancen und Handlungsspielräume für Individuen oder Gruppen ergeben. Soziale Ungleichheit bezieht sich also nicht nur auf die, häufig vertikal angeordneten,

Unterschiede in der Ressourcenausstattung (Einkommen, Bildung) und die Erreichbarkeit sozialer Positionen (Arbeitslose oder Vorstandsvorsitzender), sondern auch auf den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen (etwa zu Krankenhäusern, Bibliotheken oder Schwimmbädern). Wird soziale Ungleichheit um eine räumliche Komponente ergänzt, sprechen wir von *territorialer Ungleichheit*. Territorial markiert hierbei, dass sich räumliche Ungleichheiten stets auf einen bestimmten Raum beziehungsweise ein Territorium wie Städte, Regionen oder Nationen beziehen (Neu 2006; Barlösius/Neu 2008).

An dieser Stelle kommen nun die besonderen sozialen und räumlichen Eigenschaften von Infrastrukturen ins Spiel: Daseinsvorsorgende Infrastrukturen stellen nicht nur Versorgungs- und Vorsorgeleistungen für Wirtschaft und Gesellschaft bereit und codieren Räume, prägen also Raum- und Landschaftsbilder beispielsweise durch Wassertürme, Brücken oder ICE-Trassen, sondern entscheidender ist, dass sie durch ihre öffentliche Bereitstellung Gelegenheits- und Ermöglichungsstrukturen schaffen, die gesellschaftliche Teilhabe und soziale Integration gewährleisten. Daseinsvorsorgende Infrastrukturen wirken daher ungleichheitsdämpfend – in sozialer wie in territorialer Hinsicht. Denn sie verbinden nicht nur Menschen, sondern auch Räume miteinander und schaffen so einen sozialen wie räumlichen Ausgleich. Sind aber die Zugänge, zumeist verstanden als Erreichbarkeiten und Verfügbarkeiten, zu diesen öffentlichen Gütern und Dienstleistungen eingeschränkt oder nicht vorhanden, dann ergeben sich mit gewisser Wahrscheinlichkeit daraus soziale Benachteiligungen. Wie schwer die fehlenden infrastrukturellen und institutionellen Gelegenheitsstrukturen (Knabe u.a. 2021) wiegen, wenn Lebenslagen sich als prekär erweisen, belegen etliche Studien: Nicht nur, dass Menschen, die in Armut leben, längere Wege zu Einrichtungen der Daseinsvorsorge zurücklegen müssen (Neu u.a. 2020), sondern sie sind häufig auf institutionelle Unterstützungsleistungen durch Arbeitsämter, Quartiersläden oder Wohlfahrts- und Sozialverbände angewiesen, die für in Armut lebende Haushalte nicht selten die einzigen Kontaktpersonen außerhalb ihres unmittelbaren Familienkreises darstellen (Berger u.a. 2015, 46ff.). Vorhandene, oder eben nicht vorhandene, daseinsvorsorgende Infrastrukturen und Institutionen strukturieren Zugänge, sie legen Handlungskorridore aus, aber sie determinieren Handeln nicht. Eine Vergleichsstudie zur »[s]ozialen Benachteiligung in ländlichen Peripherien in Ostdeutschland und Tschechien« verweist auf die Fähigkeit der Betroffenen (hier, alleinerziehende Frauen), einen

»kreativen und selbstbestimmten Umgang mit den räumlichen Einschränkungen zu entwickeln, so dass in den Erzählungen über Einschränkungen gern auch immer ein ›aber‹ kommt. *Das stört mich, ABER ich handhabe es auf diese oder jene Weise.*« (Bernard u.a. 2021, 8; Herv. i. O.).

Wenn Räume also Lebenschancen strukturieren, dann liegt es nahe, nach dem Ausmaß der regionalen Disparitäten beziehungsweise der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu fragen, um einen Blick auf die dauerhafte Bevorzugung oder Benachteiligung von Menschen(gruppen) und Räumen zu haben.

3. Gleichwertigkeit und Disparität

Zur Schaffung eines sozialen und territorialen Ausgleichs zwischen den einzelnen Teilräumen und Regionen verfolgt die Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg, in unterschiedlicher Ausformung und Intensität, den politischen Leitgedanken der Herstellung einheitlicher (bis 1994) beziehungsweise gleichwertiger Lebensverhältnisse. Seit geraumer Zeit steht die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse allerdings stark unter Druck: Demographische Verschiebungen, De-Industrialisierung und De-Infrastrukturalisierung ganzer Regionen und Städte auf der einen, Wanderungsgewinne und Mietpreisexpositionen in prosperierenden Großstädten auf der anderen Seite, erzeugen räumliche Disparitäten (Kersten u.a. 2012a, b). Die Diskussion, besser der Kampf um die Hoheit über die Benennung und Repräsentation (Barlösius 2004; 2005) räumlicher Disparitäten um Fragen wie ›Haben wir es überhaupt mit regionalen Disparitäten zu tun?‹ ›Wie entwickeln sie sich?‹ ›Welches Maß an territorialer Ungleichheit ist zu tolerieren?‹ ›Welche Auswirkung haben räumliche Spaltung und Peripherisierung auf die Gesellschaft?‹ ›Was ist zu tun?‹ wurde in den vergangenen zwanzig Jahren durchaus mit harten Bandagen ausgefochten. Ging es doch um nichts weniger als um den sozialen und territorialen Zusammenhalt Deutschlands.

Was wissen wir empirisch über das Ausmaß regionaler Disparitäten? Je nach Betrachtungsweise und herangezogenem Indikatorenset fällt die Bewertung des Ausmaßes regionaler Disparitäten unterschiedlich aus. Zwei verschiedene Herangehensweisen sind hier zu beachten: a) es werden lediglich einzelne Indikatoren wie Arbeitsplatzdichte oder die Ausstattung mit ausgewählten daseinsvorsorgenden Infrastrukturen wie Apotheken, Gymnasien

oder KiTa-Plätzen herangezogen oder b) es werden unterschiedliche Indikatoren kumuliert, so dass sich eine räumliche Disparitätenkarte ergibt. Der Thünen-Landatlas (BMEL 2021a) oder der Deutschlandatlas (BMI 2019a) verfolgen den ersten Weg, es werden lediglich (PKW-)Erreichbarkeiten einzelner Dimensionen gemessen und dazu jeweils Karten erstellt. Bei diesem Vorgehen lässt sich kein einheitliches Bild regionaler Unterschiede darlegen. Denn Arbeitsplätze sowie grundversorgende Güter und Dienstleistungen sind regional nicht gleich verteilt und ihre Ausstattung verändert sich über die Zeit. Brauchen die Bewohner*innen in bevorzugten Wohnlagen weniger als 3,5 Minuten mit dem PKW zum nächsten Lebensmittelladen, so können es in peripheren Räumen schnell einmal mehr als zehn oder zwanzig Minuten werden. Auch der Weg zum Kinderarzt oder nächstgelegenen Krankenhaus ist um ein Vielfaches weiter, muss man aus dem peripheren Raum anreisen. Innerhalb von Stadtgebieten sind Nahversorger, (Fach-)Ärzte oder Schulen zu meist fußläufig zu erreichen oder werden durch den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bedient. In ländlichen Räumen hingegen zeichnet sich ein ganz anderes Bild ab. Fußläufige Erreichbarkeiten ergeben sich lediglich in Grund-, Mittel- und Oberzentren. Ländlichere oder sogar periphere Regionen weisen in der Regel eine hohe Anforderung an die Individualmobilität auf (BMEL 2021a; Neu u.a. 2020, 134ff.). Dieser Ansatz, sozialräumliche Disparitäten über einzelne Indikatoren abzubilden, erlaubt einerseits einen sehr differenzierten Blick auf die Verteilung und Erreichbarkeit daseinsvorsorgender Infrastrukturen, andererseits verhindert er jedoch die Erstellung eines einheitlichen Bildes über den Zustand und die Entwicklung regionaler Lebensverhältnisse.

Daher sind in den vergangenen Jahren etliche Studien vorgelegt worden, die unterschiedliche kumulierte Indikatorensets verwenden, um ein aggregiertes Bild regionaler Disparitäten in Deutschland zu erstellen. Zwar unterscheiden sich die Studien in ihrer Herangehensweise, doch die Ergebnisse sind recht eindeutig: Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist nicht in allen Teilräumen der Bundesrepublik gegeben! Die Raumordnungsberichte 2011 und 2017 (BBSR 2012; 2017) beobachten ebenso wie die Disparitätenberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung (Albrech u.a. 2016; Fina u.a. 2019), der Teilhabeatlas des Berlin-Instituts (Sixtus u.a. 2019) oder die ZEW-Auswertung zum 6. Armuts- und Reichtumsbericht (Neu u.a. 2020) eine deutliche Clusterung der regionalen Lebensverhältnisse: Während wir in den kreisfreien Städten wie Berlin, Hamburg oder Stuttgart, aber beispielsweise auch Göttingen, Oldenburg und ihrem Umland sowie in Süddeutschland weit überwiegend

auf ein weitgefächertes Arbeitsplatzangebot und sehr gute Lebensbedingungen treffen, haben sich im Ruhrgebiet, im Saarland, in der Pfalz sowie im Nordosten der Bundesrepublik zusammenhängende Gebiete gebildet, in denen sich unterdurchschnittliche Lebensverhältnisse verfestigt haben. Doch auch in den prosperierenden Regionen und Großstädten wächst die Gefahr von Segregation, Verdrängungswettbewerb und Exklusion durch steigende Miet- und Lebenshaltungskosten. Der immer wieder gern bemühte Stadt-Land-Unterschied trägt also nur noch sehr begrenzt zur Erklärung territorialer Ungleichheiten und ungleichwertiger Lebensverhältnisse bei. Vielmehr bestimmt die (herausragende) Wirtschaftskraft einer Region maßgeblich die Lebensbedingungen vor Ort: Ländliche, auch sehr ländliche Räume mit guter wirtschaftlicher Lage, bieten Arbeitsplätze, Natur und Freizeitvergnügen. Sehr ländliche Räume mit dauerhaften Strukturproblemen drohen noch weiter zurückzufallen.

Bisher ist politisch nicht entschieden, wie das Ausmaß der räumlichen Polarisierung zu bewerten und wie letztlich damit umzugehen ist. Die Vorschläge reichen von der Aufgabe ganzer Dörfer und Regionen, über eine nahezu unüberschaubare Zahl an Modellprojekten zur Revitalisierung ländlicher Räume bis hin zur Einrichtung regionaler Sonderwirtschaftszonen (Siedentop/Stroms 2021, 17ff.). Immer wieder wird sowohl von wissenschaftlicher wie politischer Warte aus, die Rolle der Bürger*innen bei der Erbringung da-seinsvorsorgender Leistungen und damit auch bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse diskutiert (exemplarisch Steinführer 2014; Kersten u.a. 2012b). Aktuell erfährt die fortwährende politische Adressierung von bürgerlicher Selbstverantwortung, Kreativität und Engagementbereitschaft, die entstandenen Infrastrukturlücken doch bitte selbst zu füllen und am wackligen Zusammenhalt zu arbeiten, mit dem Vorwurf des *Community-Kapitalismus* harsche Kritik (Dyk/Haubner 2021).

4. Wahrnehmung der Lebensverhältnisse

Wie aber nehmen die Bürger*innen nun ihre Lebensverhältnisse selbst wahr? Um der Zufriedenheit mit den (ländlichen) Lebensverhältnissen auf die Spur zu kommen, ließ das Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung (BMEL 2021b) eine repräsentative Analyse mit 2.600 Bundesbürger*innen durchführen. Die Auswertung zeigt, dass drei Viertel (74 %) der Deutschen ihr Wohnumfeld (im Umkreis von 5 km um das eigene Zuhause) als gut

beziehungsweise sehr gut einschätzen, dies gilt insbesondere für ländliche Wohngegenden mit guter ökonomischer Lage (sehr ländlich: 77 %, eher ländlich: 80 %). 22 % der Befragten finden ihr Wohnumfeld weder gut noch schlecht, 4 % sind allerdings (sehr) unzufrieden mit ihrer Wohngegend. Die Neuen Bundesländer (NBL) liegen in ihrer Gesamtwertung um ganze fünf Prozentpunkte unter dem Durchschnitt (69 %) (BMEL 2021b, 14f.).

Wie bereits im vorhergehenden Abschnitt erwähnt, ist die Ausstattung und Erreichbarkeit daseinsvorsorgender Leistungen in Deutschland regional nicht gleichverteilt, was sich auch auf die positive beziehungsweise negative Bewertung dieser Einrichtungen niederschlägt. Die weitüberwiegende Mehrheit (87 %) der in Stadt und Land repräsentativ Befragten finden das Angebot an Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf (im Umkreis von 10 km) gut bis sehr gut. Auch die positiven Werte für ärztliche Versorgung, Kindergärten, Krippen, Sportangebote, Banken und Verwaltung liegen zwischen 72 bis 79 %. Deutlich geringer werden die positiven Einschätzungen (45-65 % (sehr) gut) jedoch im Bereich der höheren Bildung und der sozialen und kulturellen Infrastruktur. Mehr als die Hälfte der Menschen scheint einen Treffpunkt vor Ort zu vermissen: zufrieden mit den Begegnungsmöglichkeiten sind lediglich 45 %, unzufrieden gar 13 %. Auch hier gilt, dass die Befragten aus ländlichen Räumen mit guter ökonomischer Ausstattung alle Bereiche der Grundversorgung positiver bewerten als die Befragten aus den übrigen ländlichen Räumen (BMEL 2021b, 18). Insgesamt liegen die positiven Einschätzungen der Grundversorgung in den Neuen Bundesländern in allen Bereichen unter den Werten der Alten Bundesländer (ABL). Oder anders herum: Die Unzufriedenheit mit den Angeboten der Grundversorgung liegt im Osten höher (BMEL 2021b, 19, 23).

Mit Blick auf die Angebotsausstattung im Bereich der Grundversorgung sieht rund die Hälfte der vom BMEL Befragten keine Veränderung in den vergangenen drei Jahren, eine (deutliche) Verbesserung nehmen fast ein Drittel (27 %) der Befragten (im Durchschnitt über alle abgefragten Angebote hinweg) wahr, eine Verschlechterung der Situation sehen 18 % (5 % schlechter, 13 % eher schlechter). Besonders Befragte aus ländlichen Räumen mit weniger guter ökonomischer Lage sehen deutliche infrastrukturelle Einbußen (19 % sehr ländlich, 20 % eher ländlich), wohingegen die Bewohner*innen aus eher ländlichen Räumen mit guter ökonomischer Lage besonders viele positive Veränderungen wahrgenommen haben (35 %). Ost und West unterscheiden sich hier einmal nicht weiter (negative Entwicklung beide 18 %, positive Entwicklung NBL: 26 %, ABL: 28 %) (BMEL 2021b, 31).

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die weitgehende Mehrheit der Bevölkerung zeigt sich mit dem Angebot an Grundversorgung durchweg zufrieden, allerdings beurteilen 4 % der Befragten in der BMEL-Umfrage ihr Wohnumfeld als (sehr) schlecht. Daran schließen sich verschiedene Fragen an, wie zum Beispiel ›Ist dies eine zu tolerierende Größe?‹, ›Ab welcher Prozentzahl Unzufriedener besteht Handlungsbedarf?‹. Auffällig bleibt insgesamt, dass insbesondere das Angebot an Restaurants, Kneipen und Kultur sowie Treffpunkten bei nahezu der Hälfte der Befragten Unzufriedenheit auslöst. Die Bewohner*innen ländlicher Räume mit schwacher ökonomischer Basis (von denen viele in Ostdeutschland liegen) sind zudem eher unzufrieden mit der wohnortnahen Grundversorgung und registrieren (deutliche) Verschlechterungen im Angebot. Die Bewohner*innen ländlicher Räume mit guter wirtschaftlicher Lage nehmen hingegen besonders deutlich positive Veränderungen in den vergangenen Jahren wahr. Dass die Situation und Entwicklung der Lebensverhältnisse zwischen unterschiedlichen Räumen deutlich auseinanderfällt, spiegelt sich auch in der kritischen *Wahrnehmung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse* wider: Lediglich 59 % der Deutschen sehen sie aktuell gewährleistet. Besonders skeptisch sind die Menschen in Ostdeutschland. Im Vergleich zu Westdeutschland (62 %) glauben nur 41 %, dass gleichwertige Lebensverhältnisse realisiert wären. Gerade die ländlichen Räume fallen hier in ihrer Bewertung sehr deutlich auseinander: Die Bewohner*innen ökonomisch gut aufgestellter ländlicher Räume bewerten die Gleichwertigkeit deutlich besser als der Durchschnitt (sehr ländlich: 70 %, eher ländlich: 69 %) und sehr viel besser als Bewohner*innen der ländlichen Räume mit weniger guter wirtschaftlicher Lage (sehr ländlich: 50 %, eher ländlich 54 %) (BMEL 2021b, 73).

5. Verlustnarrative verfestigen sich

Trotz der durchweg guten Bewertung des eigenen Lebens- und Wohnumfeldes sehen die Deutschen den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwinden (exemplarisch Krause/Gagné 2019), dafür ist auch die (schlechte) Bewertung der gleichwertigen Lebensverhältnisse ein deutliches Zeichen. Mehr noch: Ein nicht unerheblicher Teil von Menschen fühlt sich nicht nur als Bürger*in zweiter Klasse, sondern glaubt, in einer *abgehängten Region* zu leben. Im Durchschnitt haben, nach Angaben der bereits zitierten BMEL-Umfrage (2021b, 71), 17 % der Deutschen das Gefühl, in einer benachteiligten Region zu

leben. In den Neuen Bundesländern sehen das ein knappes Fünftel (19 %) so, in den Alten Bundesländern sind es 16 %. In sehr ländlichen Regionen glauben dies gar 26 %, kommt noch Strukturschwäche hinzu, dann trifft dies auf 30 % der Bewohner*innen in ländlichen Räumen mit weniger guter ökonomischer Lage zu. Immerhin verspüren das Gefühl des Abgehängtseins auch zwölf Prozent der Nicht-Landbewohner*innen, dies ist vergleichbar mit den Werten von Bewohner*innen aus eher ländlichen Regionen mit guter ökonomischer Lage. Die Wahrnehmung des territorialen Abgehängtseins verbindet sich mit infrastrukturellen und politischen Verlustnarrativen, die keineswegs nur die Deklassierten und Armen erzählen, sondern das Misstrauen in die Demokratie und den Wohlfahrtsstaat reicht bis weit in alle sozialen Schichten hinein und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt (Kersten u.a. 2022; Deppisch 2020; Hillje 2018).

6. (Infrastrukturelle) Nutzungsbrachen

Diese infrastrukturellen Lücken und Brachen wissen auch die weniger demokratisch gesinnten Kräfte zu nutzen. Insbesondere die neuen populistischen Bewegungen und Rechtsextremen bespielen die infrastrukturellen Verlustnarrative, boykottieren gleichzeitig aber Klimaschutzmaßnahmen wie Windräder und Solarparks, um mit eigenen ›heimatorientierten‹ Angeboten wie Jugendfreizeiten und Singkreisen aufzuwarten (Naumann 2021). Damit kein falscher Eindruck bleibt: Auf lokaler Ebene entstehen seit vielen Jahren, neben einem nach wie vor regen Vereinsleben, kreative (Gegen-)Bewegungen, die sich um eine Neu- oder Wiederbelebung ländlicher Räume bemühen. Eine Vielzahl an Initiativen sind hier unterwegs, die von Bürger*innen allein oder in Zusammenarbeit mit Kommunen und Unternehmen getragen werden: Raumpioniere (Faber/Oswalt 2013), Neulandgewinner (Frech u.a. 2017), Soziale Orte (Kersten u.a. 2022). Wenngleich sich auch regionale Pfadabhängigkeiten, Motivlage, Zielrichtung und Akteursgruppen unterscheiden mögen, so ist ihnen doch gemeinsam, die Potentiale des ländlichen Raums, wie Brachen, Freiflächen, Natur, Engagement zu nutzen, um Lösungen für die Herausforderungen vor Ort zu finden. Allerdings weist neuere Forschung darauf hin, dass diese kreativen Kräfte im ländlichen Raum eher nicht die traditionellen Vereine und Akteur*innengruppen sind, sondern neue Akteur*innenkonstellationen aus Zivilgesellschaft, Kommunen und Unternehmen (Kersten u.a. 2022; Neu 2022) und vor allem auch Zugezogene und

Zurückgekommene, die über ein gewisses *urban mindset* verfügen (Schubert 2021). Unabhängig davon bilden lokale Akteur*innengruppen ebenso wie Vereine wichtige intermediäre Strukturen aus, die als Brücke zwischen Nahraum und Gesellschaft fungieren. Denn sie bieten ihrerseits Gelegenheitsstrukturen an, bleiben aber zumeist selbst auf vorhandene öffentliche und demokratische Infrastrukturen angewiesen.

7. Was zu tun bleibt – Forschungsdesiderata

Um wieder auf die anfänglichen Fragen zurückzukommen: Wie steht es nun mit dem sozialstrukturellen Analysegehalt der Kategorie ›Land‹? Brauchen wir das ›Land‹ als Raumkategorie noch? Ja, ich denke schon, denn ›Land‹ dient einerseits der Selbst- und Fremdwahrnehmung, nicht nur der Landbewohner*innen, sondern als Diskursfeld und Imaginationsraum des ›besseren Lebens‹ und gesellschaftlicher Zukünfte (Redepenning 2021; Mießner/Naumann 2019; Nell/Weiland 2021). Andererseits verbergen sich hinter den Kategorisierungen (etwa der Thünen-Typologie), den Karten und Schaubildern (wie im Land- oder Deutschlandatlas) von ländlichen Räumen wirksame Machtstrukturen, die gegenwärtige und vergangene (symbolische) Auseinandersetzungen und Deutungskämpfe um soziale und territoriale Ungleichheit widerspiegeln und so zugleich auch die Pfade zukünftigen politischen und gesellschaftlichen Umgangs mit ländlichen Räumen vorzeichnen (Barlösius 2021, 65f.). Hier könnte es lohend sein, zukünftig näher hinzuschauen. Die Ungleichheitsdimension ›Land‹ bleibt aber für die Sozialstrukturanalyse eher sperrig, denn es ist nicht das Land per se, das soziale Bevorzugung oder Benachteiligung auslöst, sondern ökonomische Bedingungen, geographische und demographische Lage, mentale Pfadabhängigkeiten sowie infrastrukturelle Ausstattung, die Lebenschancen in ländlichen Räumen strukturieren. Die Wahrnehmung vergangener, aktueller und zukünftiger Chancen einer Region beziehungsweise der Lebenschancen in einer Region wiederum beeinflussen Erzählungen und Einschätzungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Demokratie. Neuere sozialstrukturell inspirierte Forschung beschäftigt sich zunehmend mit eben diesen Interdependenzen zwischen Raumkategorien und -ausstattung, Wahlverhalten und Extremismus, Armut und Deklassierung, Einsamkeit und Wut. Intensiver noch könnte der Blick auf das Zusammenspiel von Gender, Alter, Ethnizität, soziale Mobilität und Raum sein. So lohnt sich auch zukünftig der ungleichheitssoziologische Blick auf ländli-

che Entwicklung, denn die Produktion von ›Land‹ (durch alltägliches Leben, Infrastrukturen, Bilder, Erzählungen, Politik, Diskurse) bleibt auch weiterhin Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Adam, B. (2019): Vom Siedlungsbrei zum Städtischen? Eine mehrdimensionale Bestandsaufnahme der Suburbanisierung, Raumforschung und Raumordnung. In: *Spatial Research and Planning*, Warschau: Sciendo 77(1), 35-55.
- Albrecht, J./Fink, P./Tiemann, H. (2016): *Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2015*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Barlösius, E. (2004): *Kämpfe um soziale Ungleichheit*. Wiesbaden: VS.
- Barlösius, E. (2005): *Die Macht der Repräsentation*. Wiesbaden: VS.
- Barlösius, E. (2021): Benennungs- und Repräsentationsmacht mit Beteiligung der Soziologie. In: Hoffmann, R./Knabe, A./Schmitt, C. (Hg.): *Ungleichheit, Individualisierung, Lebenslauf*. Wiesbaden: VS, 63-84.
- Barlösius, E./Neu, C. (2008): *Territoriale Ungleichheit: Eine spezifische Ausprägung räumlicher Ungleichheit*. In: Barlösius, E./Neu, C. (Hg.): *Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit?* Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 17-23.
- Berger, P.A./Klärner, A./Knabe, A./Carnein, M./Fischer, H./Prochatzki, K./Land, R./Willisch, A. (2015): *Aspekte der Armut in Mecklenburg-Vorpommern. Forschungsbericht im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt Mecklenburg-Vorpommern*. Schwerin: Arbeiterwohlfahrt Mecklenburg-Vorpommern.
- Berger, P.A./Neu, C. (2007): *Klassenstruktur und soziale Schichtung*. In: Joas, H. (Hg.): *Lehrbuch der Soziologie*. 3. Aufl., Frankfurt a.M., New York: Campus, 241-266.
- Bernard, J./Keim-Klärner, S./Klärner, A./Steinführer, A. (2021): *Soziale Benachteiligung in ländlichen Peripherien in Ostdeutschland und Tschechien*. Vortragsmanuskript, 91. Sitzung der ARGE ländliche Sozialforschung am 17.11.2021. Wien: Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen.
- Bücker, S./Ebert, T./Götz, F.M./Entringer, T./Luhmann, M. (2020): *In a Lonely Place: Investigating Regional Differences in Loneliness*. In: *Social Psychological and Personality Science* 12(2), 147-155.

- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2012): Raumordnungsbericht 2011. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017): Raumordnungsbericht 2017. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.
- BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2019b): Unser Plan für Deutschland. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2019/07/20190710-kom-gleichw-LV-DEU-atlas.html> (letzter Zugriff am 23.2.2022).
- BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2019a): Deutschlandatlas. <https://www.deutschlandatlas.bund.de/> (letzter Zugriff am 23.2.2022).
- BMEL – Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung (2021a): Landatlas. www.landatlas.de (letzter Zugriff am 23.2.2022).
- BMEL – Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung (2021b): Leben in ländlichen Regionen. Berlin: BMEL.
- Contzen, S./Forney, J. (2017): Family Farming and Gendered Division of Labour on the Move: A Typology of Farming-Family Configurations. In: *Agriculture and Human Values* 34(1), 27-40.
- Deppisch, L. (2020): »Gefühle des Abgehängtseins« – ein Angstdiskurs. In: Martin, S./Linpinsel, T. (Hg.): *Angst in Kultur und Politik der Gegenwart. Kulturelle Figurationen: Artefakte, Praktiken, Fiktionen*. Wiesbaden: VS, 179-203.
- Dyk, S. van/Haubner, T. (2021): *Community-Kapitalismus*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Faber, K./Oswalt, P. (Hg.) (2013): *Raumpioniere in ländlichen Regionen*. Leipzig: Spector Books.
- Fina, S./Osterhage, F./Rönsch, J./Rusche, K./Siedentop, S./Zimmer-Hege-
mann, R./Danielczyk, R. (2019): *Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019. Hintergründe zu Trends, Indikatoren, Analysen*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Frech, S./Scurell, B./Willisch, A. (Hg.) (2017): *Neuland gewinnen. Die Zukunft in Ostdeutschland gestalten*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Helbig, M./Jähnen, S. (2018): *Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten.* (= WZB-Discussion Paper) Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin.

- Hillje, J. (2018): Rückkehr zu den politisch Verlassenen: Gespräche in rechts-populistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich. Berlin: Das Progressive Zentrum.
- Keller, C./Klärner, A./Neef, R. (2014): Urbane Ungleichheiten – zur gesellschaftlichen Produktion und Gestalt räumlicher Ungleichheitsstrukturen, In: Berger, P.A./Keller, K./Klärner, A./Neef, R. (Hg.): Urbane Ungleichheiten, Wiesbaden: VS, 7-22.
- Kersten, J./Neu, C./Vogel, B. (2012a): Demografie und Demokratie. Zur Politisierung des Wohlfahrtsstaates. Hamburg: Hamburger Edition.
- Kersten, J./Neu, C./Vogel, B. (2012b): Demographische De-Infrastrukturalisierung. In: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 60(1), 39-55.
- Kersten, J./Neu, C./Vogel, B. (2022): Das Soziale-Orte-Konzept. Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Knabe, A./Keim-Klärner, S./Klärner, A./Neu, C. (2021): Lebenschancen in ländlichen Räumen: Gelegenheitsstrukturen als Dimension sozialer Ungleichheit. In: Hoffmann, R./Knabe, A./Schmitt, C. (Hg.): Ungleichheit, Individualisierung, Lebenslauf. Wiesbaden: VS, 141-163.
- Koolhaas, R. (2020): Countryside. A Report. Köln: Taschen.
- Krause, L.-K./Gagné, J. (2019): Die andere deutsche Teilung: Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Berlin: More in Common.
- Kreckel, R. (1992): Politische Soziologie der Sozialen Ungleichheit, Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Mießner, M./Naumann, M. (2021): Ländliche Gentrifizierung. Aufwertung und Verdrängung jenseits der Großstädte – Vorschlag für ein Forschungsprogramm. In: Geographica Helvetica 76(2), 193-204.
- Mießner, M./Naumann, M. (Hg.) (2019): Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Naumann, M. (2021): Infrastruktureller Populismus. In: Geographische Zeitschrift 109(4), 208-226.
- Nell, W./Weiland, M. (Hg.) (2014): Imaginäre Dörfer. Bielefeld: transcript.
- Nell, W./Weiland, M. (Hg.) (2021): Gutes Leben auf dem Land? Imaginationen und Projektionen vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Bielefeld: transcript.
- Neu, C. (2006): Territoriale Ungleichheit – eine Erkundung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37, 8-15.
- Neu, C. (2022): Engagementkonstellationen in ländlichen Räumen (ENKOR). www.uni-goettingen.de/ENKOR (letzter Zugriff am 15.2.2022).

- Neu, C./Müller, F. (2020): Einsamkeit. Berlin: Sozialverband Deutschland.
- Neu, C./Riedel, L./Stichnoth, H. (2020): Gesellschaftliche und regionale Bedeutung von Daseinsvorsorge sowie der Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastruktur. Begleitforschung im Rahmen des 6. Armuts- und Reichtumsberichts. Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- Pieper, J. L. (2021): Frauen in der Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Klimakrise und Existenzangst. Narrative der Abwehr. In: Blättel-Mink, B. (Hg.) (2021): Gesellschaft unter Spannung. Verhandlungen des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2020. https://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband_2020/article/view/1451 (letzter Zugriff 15.2.2022).
- Redepenning, M. (2021): Das gute Leben auf dem Land – oder in der Stadt. In: Nell, W./Weiland, M. (Hg.): Gutes Leben auf dem Land? Imaginationen und Projektionen vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Bielefeld: transcript, 575-592.
- Rousseau, J.-J. (1998 [1754]): Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen. Stuttgart: Reclam.
- Schubert, C. (2021): Lokalpolitik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in schrumpfenden ländlichen Gemeinden. Halle: Universität Halle-Wittenberg.
- Siedentop, S./Stroms, P. (2021): Stadt und Land: Gleichwertig, polarisiert, vielfältig. Hamburg: Zeit-Stiftung.
- Sieverts, T. (1997): Zwischenstadt: zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. Basel: Birkhäuser.
- Sixtus, F./Slupina, M./Sütterlin, S./Amberger, J./Klingholz, R. (2019): Teilhabeatlas Deutschland. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Spellerberg, A. (2014): Was unterscheidet städtische und ländliche Lebensstile. In: Berger, P.A./Keller, K./Klärner, A./Neef, R. (Hg.): Urbane Ungleichheiten, Wiesbaden: VS, 199-232.
- Steinführer, A. (2014): Bürger in der Verantwortung. Veränderte Akteursrollen in der Bereitstellung ländlicher Daseinsvorsorge. In: Raumforschung und Raumordnung 73(1), 5-16.